

Überwindung der Parteienherrschaft

- eine Voraussetzung der Entwicklung der Demokratie
in Freiheit und Frieden

Überlegungen im Schatten der Kriege in der Ukraine und Gaza
eine Einführung
von Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Text 177.0

000000000000

Hier:

Text 177.13. 0

Meine Beurteilung der politischen Lage im Jahr 2024
am Abend meines Lebens

Anmerkungen und Ergänzungen zu den Teilen unter der Textziffer:
177.13.1 / 177.13.2 / 177.13.3
(Unter den Bedingungen der angeschlagenen Gesundheit geschrieben.)

Januar 2025

Meine Schreib-Situation

Meine Schreib-Situation war in Jahren 2023 /24 so betrüblich wie die politische Gesamtlage. Den Ursprung der politischen Lage habe ich versucht mit Beiträgen anderer Autoren in der Textreihe 177 zu beschreiben. Danach wollte ich noch Skizzen für ein Modell einer dezentralen Gesellschaftsordnung liefern und zeigen wie wir zu einer wirklichen Demokratie mit den Merkmalen *frei und sozial* kommen können.

Bereits im Januar 2023 vor oder nach meinem 89. Geburtstag kam ich auf die Idee das Tagungsthema „*Bürgerwille und Parteienherrschaft*“ der Evangelischen Akademie Loccum vom März 1987 ¹ aufzugreifen. Ich habe dem Vorhaben den Arbeitstitel „*Überwindung der Parteienherrschaft*“ gegeben, damit gleich sichtbar ist, was ich für die Entwicklung unserer Demokratie für notwendig halte. Der Rückgriff auf das Tagungsprotokoll aus dem Jahr 1987 macht deutlich, das schon vor der Vereinigung der beiden Republiken DDR und BRD eine Ablösung des Grundgesetzes durch eine wirkliche Verfassung notwendig gewesen wäre und das Ausweichen auf den Artikel 23 des Grundgesetzes – statt auf den für die Vereinigung vorgesehen Artikel 146 – kann man bei Licht besehen nur als ein Verrat es Grundgesetzes und die Vorenthaltung einer Verfassung für alle Deutschen sehen. Was anderes wäre es, wenn die offizielle deutsche Politik davon ginge, dass die Vereinigung erst mit der Rückgewinnung der verlorenen Ostgebiete vollzogen wäre. Aber das ist ja durch Verträge ausgeschlossen worden.

Da wir nicht nur eine Krise der Demokratie mit Bezug auf die drei Gewalten – Legislative, Exekutive und Judikative – haben, sondern auch in der Ökonomie, die in ihrer jeweiligen Form die Demokratie stützt oder zu Fall bringt, habe ich mir auch das Loccumer Protokoll 15 / '84 über die Tagung „Die Zukunft der Ökonomie“ zur Hand genommen und ein paar Auszüge eingescannt und der Materialsammlung für mein Vorhaben zum Mitlesen eingefügt. Es zeigt sich hier das die Zukunft „ausgefallen“ ist. Es scheint so, als sei die Wirtschaftswissenschaft (VWL und BWL) im Kaffeesatzlesen oder im Verliebtsein von untauglichen theoretischen Modellen hängen geblieben. Dieses Bild ergibt sich jedenfalls, wenn man sie von ihren Ergebnissen her beurteilt. Ich habe nach der Zahl der Professorinnen und Professoren gesucht, die das Bild von der Ökonomie heute prägen und nicht gefunden aber eine Gesamtzahl der Professoren für 2023. Wenn man davon 10% nimmt – was mir realistisch erscheint

¹ Loccumer Protokolle 8 / '87

– dann kommt man auf rund 5200². Wenn man die anderen Wissenschaften, die sich mit dem Handeln des Menschen beschäftigen und auf einen Teil der Ergebnisse der Ökonomen aufbauen, kommt man vermutlich auf eine doppelt so hohe Zahl von Professoren, die der Gesellschaft und hier besonders der Politik ein Zerrbild von der Ökonomie liefern und so die gesellschaftlich bestehende Verwirrung mit verursachen. Ich verstehe meine Aussage nicht als Herabwürdigung einer Sektion ehrenwerter Professorinnen und Professoren, sondern als Hinweis darauf, dass sich in diesen Wissenschaften etwas eingeschlichen hat, dass mit der Ideologie, die sich in diesen Wissenschaften in den sozialistischen Staaten eingenistet hatten oder haben vergleichbar ist. Ich schreibe diese Zeilen auch nicht, weil ich den vollen Durchblick habe, sondern als ein Suchender, der von dieser Wissenschaft nur angehaucht wurde.

Die vorgesehene Arbeit sollte aber nicht nur auf die Literatur und Tagesmeldungen der Medien gründen, sondern auch auf eigene praktische Erfahrungen in Parteien. Hierzu zählen bei mir die Gründung der *Liberal Sozialen Partei* 1967 (und ihre Auflösung nach kurzer Zeit), die Mitgliedschaft in der *F.D.P.*³ vom Ende der sechziger Jahre bis Ende der siebziger Jahre und den folgenden Jahren in der *GLU* und dadurch als Gründungsmitglied der *GRÜNEN* bis zum Austritt im August 2009⁴ als auch ich einsah, dass von dem Gründungsansatz der *GRÜNEN* „*Weder links noch rechts, sondern vorne*“ nichts mehr zu retten war.

Im Januar 2024 dachte ich nach meinem 90. Geburtstag, ich könnte mein Vorhaben noch mit aufgefrischten Kräften fortsetzen, aber das war nicht der Fall, zudem mahnte meine Frau immer wieder, ich solle mit meiner nutzlosen Arbeit aufhören und meine restlichen Kräfte für angenehmere Dinge und für die Familie einsetzen. Diese Mahnung wurde am 3. Sept. 2024, überflüssig, weil ich nach einem dringenden Arztbesuch umgehend ins Krankenhaus musste. Dort wurde ich operiert und weiter zur Regeneration in ein anderes Krankenhaus verlegt. Unterbrochen von einer kurzen Zeit der Pflege durch die Familie zu Hause, war eine erneute Einlieferung in ein Krankenhaus erforderlich. Die ganze Geschichte dauerte mit zwei Verlegungen in andere Krankenhäuser und einer Rückverlegung bis zum 13. Dez. 1924. Dass ich

2,„Professoren und Professorinnen an deutschen Hochschulen bis 2023 Veröffentlicht von Statista Research Department, 23.10.2024 // Im Jahr 2023 gab 51.873 Professorinnen und Professoren an deutschen Hochschulen. Mit 14.934 Professorinnen lag der Frauenanteil bei etwas weniger als einem Drittel. Im hier betrachteten Zeitraum lässt sich jedoch ein klarer Anstieg der Anzahl von Professorinnen erkennen.“

3 Als sie als Zeichen ihrer Erneuerung Punkte hinter den Anfangsbuchstaben ihres Namens setzte.

4 „Mein Abschied von den GRÜNEN (Vor einer Wahl ohne Chancen für eine bessere Politik) August 2009“
<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/75.0%20Abschied%20von%20den%20GRUENEN.pdf>

noch lebe, verdanke ich nicht nur tüchtigen Ärzten und den Pflegekräften, sondern auch meiner Familie, die mir unermüdlich Mut zum Weiterleben gemacht hat. Jetzt werde ich von ihr zu Hause wieder aufgepäppelt. Aber die Kraft, meine Texte 107.13.1 / ... 2 und ... 3, die bisher noch nicht im Netz stehen, nochmals zu überarbeiten habe ich nicht mehr. Eigentlich hatte ich vor, den Mangel einer Gliederung und eines Inhaltsverzeichnisses durch ein Stichwortverzeichnis mit Angabe der Fundstellen zu versehen, das ist mir aber nicht möglich. Ich empfehle daher, diese drei Texte als eine Art schriftliche Wundertüte zu betrachten. Es sind durchaus inhaltlich interessante Auszüge und auch eigene Überlegungen dort zu finden.

Die Forderung, dass die Politik wieder mehr marktwirtschaftlich ausgerichtet werden müsste, sind auch von Vertretern der Verbände der Unternehmen zu lesen und zu hören, man hört aber nie, welche Fehler in der kapitalistischen und durch den Fiskalismus verformten Marktwirtschaftsordnung dazu getilgt werden müssten. Im Wirtschaftsteil der HAZ vom 28. 1. 2025 ist ein Artikel mit der Überschrift zu lesen: „Die IG Metall: Deutschland braucht einen Plan“. Im Text ist das folgende Zitat von der Vorsitzende Christiane Benner zu lesen: „**Die- ses Land braucht jetzt einen Plan für die Zukunft, die Menschen brauchen eine klare Perspektive.**“ Aber Gewerkschaften können als Plan nur kalten Kaffee oder abgestandenes Bier anbieten. Über die angedrohten Streiks kann man auch nur sagen: diese schaden den Arbeitnehmern mehr als sie ihnen nutzen. Der Erfolg, der einer Gewerkschaft geht zulasten der Mitglieder anderer Gewerkschaften, denn Streiks schaffen weder Arbeitsplätze noch können sie die Kapitalertragsquote (die Rendite) zugunsten des Arbeitseinkommens absenken. Aber die Streiks greifen in die Rechte von Unbeteiligten ein, was nicht zur Zufriedenheit der Gesamtheit von Menschen in einer Gesellschaft führt.

Zum 91. Geburtstag hat einer meine Söhne, der sich als Sozialarbeiter in der Versorgung von Wohnungslosen und Flüchtlingen aufreibt, ein Taschenbuch von Luisa Neubauer mit dem Titel „*Was wäre, wenn wir mutig sind?*“ geschenkt. Er hatte Bedenken, ob sich ein so alter Knochen, wie ich einer bin, noch für die Ergebnisse des Denkens einer jungen Frau, die in der Blüte ihres Lebens steht, interessiert. Ich denke, wenn die alten Leute nicht mehr von den jungen lernen wollen und umgekehrt, dann sind wir wirklich verloren. Luisa Neubauer schreibt nach meiner Wahrnehmung gut und eingängig. Auf der Seite 10 ist zu lesen:

Das Bücherregal meiner Großmutter liest sich wie eine in Papierform gepresste Dokumentation eines unerklärlichen, unerträglichen, kollektiven Versagens. Die Studien, die Daten und Fakten liegen seit Jahrzehnten vor, ebenso wie Lösungsvorschläge und Konzepte für eine Verhinderung der schlimmsten Katastrophen. Jedenfalls in Grundzügen – Pläne zur

Rettung der Ökosysteme, zur Beendigung der Ausbeutung des Planeten, zur Überwindung der globalen Ungleichheiten.

Das Gleiche könnte ich über das Wissen von einem Konzept der Ökonomie berichten, das unter dem Arbeitstitel „Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus“ oder „Natürliche Wirtschaftsordnung“ schon über 100 Jahre verhandelt wird und ebenfalls auf taube Ohren trifft. Dieses Modell verspricht:

- a) den Wachstumsdruck aus der Wirtschaft zu nehmen,
- b) die Überwindung der Ausbeutung der Arbeit durch den Kapitalismus in dem freiheitlichen System der Marktwirtschaft zu ermöglichen,
- c) zu einer akzeptablen Verteilung der Einkommen und des Vermögens zu kommen,
- d) die Arbeitslosigkeit zu einem Merkposten in der Literatur zu machen und
- e) die Grundlage für ein ökologisches Wirtschaften und für den Klimaschutz zu schaffen,
- f) außerdem zur Überwindung der Kriege als Mittel zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus beizutragen.

„Wissen ist Macht, sagten die Aufklärer. Wissen ist Ohnmacht, sagt das Bücherregal meiner Großmutter.“ schreibt Luisa Neubauer auf der Seite 16 ihres Buches. Ihr Bemühen geht dahin, diese Ohnmacht zu überwinden. Auf der Seite 38 ist zu lesen:

Natürlich sind nicht pauschal *die Menschen* an der Klimakrise schuld, viel eher sind es die fossilen Industrien, ihre CEOs und Menschen in politischen Machtpositionen, die ihnen den Weg freigeräumt haben.

Ich habe bisher Vierfünftel des Taschenbuches von Luisa Neubauer gelesen, tiefer als es in dem Zitat zum Ausdruck kommt, dringt sie aber nicht in die Ökonomie ein und das ist ohne Hinweise auf entsprechende Quellen eine Schwäche ihres sonst lobenswertes Taschenbuch.⁵ Wenn ein Unternehmen in der Marktwirtschaft überleben will, dann muss es die Wirtschaftlichkeit erreichen. Die Löhne, die Materialkosten und die Abschreibungen müssen wenigstens über die Verkaufserlöse abgedeckt werden. Im Kapitalismus müssen die Unternehmen aber zusätzlich eine Rendite einfahren. Eine Unternehmensleitung, der das nicht gelingt, kann ihren Hut nehmen. Unternehmen können aufgrund des Druckes aus der Öffentlichkeit den Umwelt- und Klimaschutz nur soweit berücksichtigen, wie gesetzte Renditeziele dadurch gefördert oder nicht sabotiert werden.

Der Kampf um eine Demokratie oder des Klimaschutzes kann aber nicht nur mit Demonstrationen gewonnen werden, wenn nicht vorher die Kopfarbeit, die für die ihre anzustrebende

5 Nachtrag: Weiter hinten geht L.N. doch noch auf die Ökonomie ein. Z.B. ist auf der Seite 122 zu lesen: „... wer Fahrradverkehr will, muss den Autos Platz wegnehmen, damit sicher geradelt werden kann, wer will, dass Geld den Planeten schützt, muss in grüne Wirtschaft investieren und aus fossiler Wirtschaft divestieren.“

Das einzige Geld, das eine **grüne Wirtschaft** ermöglicht, ist das Freigeld. Aus dem Umfeld dieses Wissens ist die Gründung der Partei *Die Grünen* angestoßen worden. Von „Linken“ in den GRÜNEN wurde dieses Wissen mit unfeinen Mittel unterdrückt und ausgesondert.

Gestalt bzw. zum Erhalt zu erarbeiten ist, geleistet worden ist.⁶ Zur Orientierung können dabei Ergebnisse von Einzelpersonen oder von kleinen Gruppen vorgelegt werden. Aber wenn die Verfassung wirklich eine des Volkes (der Gesellschaft) werden soll, dann sollten sich wenigstens 10% der Bürger an der Entwicklung von Verfassungsentwürfen beteiligen. Das lässt sich heute mit dem Internet auch organisieren. Es ist auch möglich, Abstimmungsberechtigte über mehrere Entwürfe auswählen zu lassen. Aus solch einer Selektion, geht dann die hervor, über die dann alle Stimmberechtigten abstimmen können und ihr so die rechtliche Gültigkeit verschaffen. Über die notwendige Zustimmungquote muss vorher getrennt abgestimmt werden. Eine Zweidrittelmehrheit scheint mir als Mindestmaß angebracht zu sein.

Bevor mit so einer Verfassungsarbeit begonnen wird – vorausgesetzt die Bürger der BRD erweisen sich als mündig dieses zu wollen – ist erst einmal ein Vorlauf notwendig, in dem sichtbar gemacht wird, welche Gestaltungsmöglichkeiten wir überhaupt für unsere Gesellschaft haben. Auch ist dabei zu berücksichtigen, wie sich unser Verhältnis zu Europa und der Welt künftig entwickeln soll. Für Phasen der Orientierung und der Entwicklung von Verfassungsentwürfen wäre wenigstens je ein Jahr anzusetzen.

Unabhängig davon, ob das Verfassungsprojekt gestartet wird oder nicht, wenn die große Verwirrung, die in der Politik herrscht, nicht zum großen Chaos mit Aussicht auf einen europäischen Bürgerkrieg oder einen weiteren Weltkrieg werden soll, dann haben wir schon jetzt Gründe genug, darüber nachzudenken in welcher Richtung uns die Ordnungspolitik uns führt oder führen soll. Grundsätzlich stehen uns nur zwei reine Formen der Ordnung in denen wir uns mit unserer Gesellschaft und mit unseren europäischen Nachbarn entwickeln können zur Verfügung. Das sind der Zentralismus, der als real existierender Sozialismus bzw. als Kommunismus bezeichnet wurde und in der Ökonomie als Zentralverwaltungswirtschaft benannt wird und dann die Dezentralität, die zum Teil in einer unsauberen Form im Föderalismus erreicht wird und die in der Wirtschaft als Marktwirtschaft benannt wird zur Verfügung. Zwischen diesen beiden Formen gibt es eine Vielzahl von Mischformen. Bei der Beurteilung der Mischformen ist darauf zu achten, in welcher Richtung sie sich entwickeln: zentral oder dezentral. Bei uns in der BRD, die wir die marktwirtschaftlich wollten, aber nie richtig einrichten konnten, weil sie nicht von dem Überlagerungssystem Kapitalismus freigehalten wurde, ist schon seit Jahrzehnten zu beobachten, dass die Entwicklungstendenz eindeutig in Rich-

⁶ Das gilt auch für Maßnahmen zum Schutz des Klimas. Wenn bei diesen Maßnahmen massiv in bestehendes Recht eingegriffen werden soll oder muss, sollte das eine Entscheidung der Gesamtgesellschaft sein und nicht einer Selektion wie den Bundestag.

tung Zentralismus zeigt. Die wesentlichen Instrumente der Verhinderung einer dezentralen Ordnung oder der Umgestaltung in eine zentralistische sind der Fiskalismus (Eingriffe des Staates über Subventionen und Steuern in die Wirtschaft) und auch über die Bildung von Zwangskollektiven (soziale Sicherung und Bildung). Dass die Marktwirtschaft ihre volle – auch soziale – Leistungsfähigkeit nicht entfalten konnte und nicht entfalten kann, liegt eben auch an ihre Verfälschung durch die Konzentrationsprozesse des Kapitalismus und die Enge des gesellschaftlichen freien Gestaltungsraumes und den dadurch zwangsläufig entstehenden Bürokratismus.

Themen, auf die ich mich vermutlich nicht mehr vertieft einlassen kann.

Die USA: Ihre Rolle als selbstherrliche Weltmacht passt zur Diktatur nicht zur Demokratie. Wie überwinden wir unsere Unterwürfigkeit gegenüber den USA? Wie lösen wir den Dollar als Mittel der Beherrschung des Weltmarktes ab und ersetzen ihn durch ein internationales Tauschmittel zu dem alle Völker (die wollen) den gleichberechtigten Zugang haben.

Gorbatschow wollte Russland nach dem Fall des Eisernen Vorhanges zu neuen freien und sozialen Ufern führen. Dazu hätte der Westen in Demut auf die Rolle der Sieger verzichten, die Verteidigungsbündnisse neu sortieren und eine Hilfestellung zur Einführung einer marktwirtschaftlichen Ordnung leisten müssen. Der machtpolitische Egoismus des Westens, hat den Aufstieg des Quasi-Diktators Wladimir Putins gefördert. Man kann ihn zu Recht wegen seines Krieges gegen die Ukraine verurteilen. Aber er denkt dabei nur im Rahmen des Großmachtsystems, dass die USA auch für sich beansprucht und das China anstrebt.

China öffnet die USA nach. Das es Interesse an der Marktwirtschaft zeigte, wurde ihr der Kapitalismus als neues Machtmittel vermittelt. China durch eigene Aufrüstung in Schach zu halten, kann nur im eigenen Selbstmord Europas enden. Chinas Eindringen und Störung der ausländischen Märkte, wie des deutschen Marktes mit Niedrigpreisen für ihre Produkte, kann nicht mit Einfuhrzöllen überwunden werden, sondern nur dadurch, dass die Steuer- und Zinslast⁷, die unsere inländische Produktion tragen reduziert wird und eine Kritik an die Vermögens- und Einkommensverteilung in China auf dem Hintergrund der dortigen staatstragenden Idee vom Kommunismus⁸ in China befördert und die wirkliche Alternative, die vom

7 Die Zinslast beträgt über 30 % in den Preisen. Zugang zu den Hintergrundinformationen über <https://www.helmut-creutz.de/grafiken.htm>

8 Der Kommunismus verspricht etwas anderes, das die Marktwirtschaft liefern kann, aber nicht der Kapitalismus.

Kapitalismus befreite Marktwirtschaft vorgestellt wird. Denn mir scheint es als offensichtlich, dass China seine Produkte nur auf dem Hintergrund von Hungerlöhnen, so billig Exportieren kann.

Bei der Abwendung von der Demokratie weltweit liegen die Ursachen nach meiner Einsicht in der Aufrechterhaltung des Kapitalismus mit dem Versuch, in mittels einer Form des Sozialdemokratismus mit steuerliche Umverteilung und staatliche Interventionen zu bändigen. Diese Mittel können bestenfalls glückliche Sklaven produzieren, aber nicht den Kapitalismus mit seinen negativen Wirkungen überwinden.

Die falsche Beschreibung der Entstehung des Nationalsozialismus, ein mörderisches Übel, und die Ursachen für den Untergang der Weimarer Republik durch die politischen Akteure vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis heute hat viele Bürger bei uns in die politisch „rechten Ecke“ getrieben und das Versagen der Demokraten in der Weimarer Republik unsichtbar gemacht. Demonstrationen werden den „Rechtstrend“ nicht stoppen. Wer die Demokratie retten will, muss für eine ehrliche Aufklärung über die Ursachen des grausamen Niederganges der damaligen deutschen Gesellschaft sorgen. Nicht nur die Juden waren die Opfer.

Hier Ausschnitte aus wenigen von vielen Quellen:

Die Weimarer Republik war 1930 bereits am Ende, ehe Hitler im September seinen ersten großen Wahlerfolg errang.

Die Regierung Brüning, im März gebildet, war bereits das erste der Präsidialkabinette, die den Übergang zu einer ganz anderen, wenn auch im einzelnen undurchdachten und undefinierten, Staats- und Verfassungsordnung bilden sollten. Anders als seine beiden Nachfolger Papen und Schleicher hielt sich Brüning noch am Rande der verfassungsmäßigen Legalität - die »Notverordnungen«, mit denen er regierte, wurden noch vom Reichstag »toleriert« -, aber eine Reichstagsmehrheit, wie sie die Verfassung voraussetzte, hatte schon Brüning nicht mehr hinter sich, und mit der Fiktion eines permanenten Notstands, der ihm erlaubte, ohne Reichstag zu regieren, hatte er die Weimarer Verfassung praktisch schon außer Kraft gesetzt. Es ist also ein Irrtum, wenn auch ein weitverbreiteter, daß erst Hitlers Ansturm die Weimarer Republik zu Fall gebracht hätte. Sie war schon im Fallen, als Hitler ernsthaft die Szene betrat, und bei den innenpolitischen Kämpfen der Jahre 1930-1934 ging es in Wirklichkeit nicht mehr um die Verteidigung der Republik, sondern nur noch um ihre Nachfolge. Die einzige Frage war, ob die bereits aufgegebene Republik durch eine konservative - in letzter Konsequenz wohl monarchische - Restauration abgelöst werden sollte oder eben durch Hitler.

Quelle: „Sebastian Haffner ⁹ / Anmerkungen zu Hitler“ / Fischer Taschenbuch/ 2002 / S.62 f.

00000

9 https://de.wikipedia.org/wiki/Sebastian_Haffner

Einer klug abwägenden, doch zielbewußten deutschen Interessenvertretung im Ausland stehen aber nicht nur fremde deutschfeindliche Bestrebungen und Enggeistigkeiten im Wege, sondern auch eine durch den Nazistaat indirekt verschuldete Atrophie staatspolitischer Gesinnung bei auffällig zahlreichen Repräsentanten bundesdeutscher Intelligenz. Diese oftmals an geistig prominenter Stelle befindlichen Kreise verdächtigen gerne jede kraftvolle, bei anderen Völkern als normal empfundene Betätigung staatlichen Lebenswillens. Die berechtigte Scham über die Nazivergangenheit, der Wille, einem ähnlichen Verfall der Staatsmoral vorzubeugen sind billigenwertige Züge, nur kann man des Guten zu viel tun. Die Übertreibungen der guten Absicht haben ein intellektuelles Klima erzeugt, in welchem zwar oft das seltsame Lob der Manifestationsweisen eines krassen Nationalismus gewisser fremder Staaten und Völker in nahen und fernen Erdteilen erklingt, dem eigenen Volke aber ein nationales Schuldbewußtsein auch für die kommenden Generationen angezchtet wird. Ihm soll anscheinend nur die Begeisterung für europäische und weltweite Kooperation anstehen, nicht, wie das bei den anderen Völkern dabei immer noch normal und üblich geblieben ist, unter gleichzeitiger Achtung für die Sonderart des eigenen Volkstums. Das deutsche Volkstum und die deutsche Geschichte haben ja schließlich nicht nur das abscheuliche Phänomen des Hitlertums hervorgebracht. Es muß entweder zu einer verhängnisvollen Selbstverachtung oder zu einer nicht minder gefährlichen, unteilbaren Kluft zwischen Intelligenzschicht und Volk führen, wenn die positiven Leistungen deutscher Vergangenheit kaum noch mit Stolz verzeichnet werden dürfen, während alle anderen Völker mit berechtigtem, nicht selten sogar übertriebenem Selbstbewußtsein bei den Großtaten ihrer geistigen, politischen, ja militärischen Vergangenheit verweilen. Der Verfasser als freiwilliger Rückkehrer muß ganz energisch dagegen protestieren, daß von zahlreichen den deutschen Geist im In- und Auslande heute repräsentierenden Angehörigen der deutschen Intelligenz alles Deutsche fast nur unter dem Gesichtspunkt der Naziepoche dargestellt wird, daß in getreuer Übereinstimmung mit der anglo-amerikanischen Kriegspropaganda von einst eine Tendenz herrscht, nach dem Übel und der Schuld in der deutschen Geschichte und nur nach diesen zu fragen. Man nennt das „standortgebundene“, „neue“ Geschichtsbetrachtung, da reine Objektivität sowieso nicht möglich sei. Der dabei vorherrschende Zug, die Werte deutscher, ganz selbstverständlich auch der preußischen Geschichte aus heutiger Perspektive mit vorwiegend, wenn nicht gar völlig negativen Vorzeichen zu versehen, ist tatsächlich eine Travestie der Wissenschaftsauffassung nur dadurch abgrenzen kann, daß sie am Ideal der Wahrheitstreue, dem gewissenhaften Streben nach größtmöglicher Objektivität und Ganzheit (statt Parteilichkeit) der Erkenntnisse festhält.)

Quelle: Aussenpolitische Grundsätze / Ludwig Freund ¹⁰/ 1963 / Seite 56 f.

00000

Gerhard Ziemer ¹¹ schreibt in seinem Buch

„Inflation und Deflation zerstören die Demokratie:

Hindenburg hat über zwei Jahre hindurch Brüning sein Vertrauen geschenkt und die vom Kanzler vorgelegten Notverordnungen unterschrieben. Daß der Fortschritt der Krise, das heißt der wirtschaftliche Mißerfolg der von Brüning empfohlenen Notverordnungsmaßnahmen, auch Hindenburg und seinen persönlichen Bekanntenkreis, zu dem auch seine Gutsnachbarn gehörten, tief beeindruckte, war natürlich. Die Verdopplung der Zahl der Arbeitslosen während der Kanzlerschaft Brünings von 3 auf 6 Millionen mit weiteren Millionen Kurzarbeitern machte eine Änderung der Innenpolitik, das heißt eine Abberufung Brünings, der keine Alternativvorschläge kannte, ständig akut. Wenn nicht

¹⁰ Ludwig Freund, geb. 1898 in Mühlheim/Ruhr, Frontsoldat im 1. Weltkrieg, bis 1933 aktiv im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, 1934 Emigration in die USA, ... Professor für Soziologie und Politikwissenschaft ... 1959 Rückkehr nach Deutschland.

¹¹ Dr. jur. Gerhard Ziemer, Jahrgang 1904, Studium der Rechts- und Finanzwissenschaft in Jena, München und Berlin, nach Referendar- und Assessorexamen zunächst richterliche Tätigkeit in Pommern, dann bis 1945 Vorstandsmitglied der Pommerschen Bank und Generallandschafts-syndikus der Pommerschen Landschaft; nach dem Krieg Mitbegründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank in Bonn-Bad Godesberg.

der wirtschaftlich unerfahrene alte Generalfeldmarschall Hindenburg, sondern ein jüngerer und tatkräftiger Politiker damals Reichspräsident gewesen wäre, hätte Brüning sicherlich schon vor dem Mai 1932 zurücktreten müssen. Jeder Kanzler und Premierminister steht unter dem politischen Gesetz des Erfolges oder Mißerfolges. Brüning war als Kanzler der Krise erfolglos.

Der Verfasser möchte das Buch mit Ausführungen des im Oktober 1968 verstorbenen Professors L. Albert Hahn¹² schließen, entnommen aus dessen großem Aufsatz in der Zeitung »Die Zeit« vom 5. April 1963. Hahn, zugleich überragender Währungswissenschaftler und erfahrener Bankier, war in der Deflationskrise einer der führenden Reformer. Hahn, der seinem Aufsatz die Überschrift gegeben hatte: »Brüning war an allem schuld - Eine falsche Wirtschaftspolitik ebnete den Weg für die Massenverführer« schreibt darin:

»Die Brüning-Luthersche Deflationsperiode, die 1931 begann, ist, wenn nicht die tragischste, so doch die paradoxeste der letzten fünfzig Jahre. Es ist die paradoxeste, weil alles, aber auch alles, was seitdem geschah - Nazirevolution, Krieg, moralische und physische Vernichtung von Millionen Menschen und schließlich die deutsche Niederlage - nach meiner und vieler meiner Freunde Auffassung vermieden worden wäre, wenn die damals die Hebelstellung der Wirtschaft, das Geldwesen, direkt oder indirekt Beherrschenden sich nur ein wenig aufgeschlossener gegenüber heute selbstverständlichen Gedankengängen gezeigt und den kumulativen Deflationsprozeß unterbrochen hätten. Stattdessen hat man, die Jüngeren werden sich den damaligen Mangel an Urteilsfähigkeit gar nicht mehr vorstellen können, die Fortsetzung des Deflationsprozesses nicht nur geduldet, sondern (aus falsch verstandenen Gold- und Wechselkursrücksichten) gewünscht und mit einer prozyklischen Fiskalpolitik gefördert. Eine solche Politik mußte ein hoffnungslos gewordenes Volk in die Arme der Extremen treiben, die ihm die rasche Befreiung von der Pest der Arbeitslosigkeit versprochen - und dieses Versprechen durch Akzeptierung etwas >moderner< Praktiken auch hielten.

Um dies vorwegzunehmen: Keine der damals in Regierung oder Reichsbank verantwortlichen Personen hat das Unheil bewußt herbeigeführt. Auch die unseligen Berater aus >Theorie und Praxis<, die die offizielle Politik stützten, waren gutgläubig, wenn auch manche Industrielle aus Angst vor dem Vorwurf des Inflationismus in der Öffentlichkeit Aussagen machten, die ihrer mir privat geäußerten Überzeugung widersprachen. Ursächlich für die Deflations- oder wenn man es schonender ausdrücken will, für das Fehlen jeder bewußten Anti-Deflationspolitik, war vielmehr: Einerseits herrschte in den weitesten Kreisen eine völlige Unkenntnis über den Charakter von Wirtschaftskrisen als Deflationskrisen, andererseits ein erstaunlicher Mangel an >judgment<, an abwägendem Urteil darüber, ob der Vermeidung der katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Deflationsfolgen oder gewissen formal-juristischen Erwägungen der Vorrang einzuräumen war. Wie unbegreiflich erscheint zum Beispiel heute, daß man eine Abwertung der Mark mit dem Hinweis ablehnte, daß im Young-Plan die Aufrechterhaltung der Goldparität stipuliert worden war. War doch seit der Einführung der Devisenzwangswirtschaft im Juli 1931 von einem Goldstandard überhaupt nicht mehr die Rede und die Mark im Verfolg der Pfundabwertung vom September 1931 gegenüber der zweitwichtigsten Weltwährung - und siebzehn der Pfundabwertung folgenden Nebenwährungen - tatsächlich um etwa 40 Prozent aufgewertet. Wie konnte es geschehen, fragt man sich heute, daß die Industrie, die gegen die letzte fünfprozentige Aufwertung der DM so heftig opponierte, gegen jene Aufwertung der Reichsmark nichts einwandte?

Ich selbst empfinde bei der Erinnerung an diese Periode meines Lebens jetzt, nach dreißig Jahren, noch dieselbe Verzweiflung und Aufregung, die ich damals angesichts

12 Fußnote von Ziemer: 137 Professor Dr. Dr. Dr. h. c. L. Albert Hahn wurde am 12. Oktober 1889 in Frankfurt/M. geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und Philosophie, erwarb in beiden Fakultäten den Doktorgrad, wurde Assessor und Rechtsanwalt und trat 1919 in den Vorstand der Deutschen Effecten- und Wechselbank in Frankfurt/M. ein, einer Gründung seiner Vorfahren. Im Jahre 1928 wurde Hahn neben seiner weiteren Tätigkeit als praktischer Bankier auf Grund seiner zahlreichen Veröffentlichungen über Themen des Geldwerts und der Konjunkturlehre Honorarprofessor an der Universität Frankfurt/M. Im Jahre 1936 ging Professor Hahn in die Emigration. Durch Gastvorlesungen in New York, später auch in Paris und Zürich, und durch Bücher und Aufsätze, die bis kurz vor seinem Tode erschienen, wurde Professor Hahn als Währungs- und Konjunkturwissenschaftler weltweit anerkannt. Er starb am 4. Oktober 1968 in Zürich.

der offiziellen Geld- und Kredit-Politik verspürte; und dasselbe Gefühl der ohnmächtigen Wut darüber, daß unser Kampf erfolglos war, nicht - das hat wohl die spätere Entwicklung bewiesen - weil unsere Argumente falsch waren, sondern weil die Gegner wegen ihrer offiziellen Stellung oder auch nur wegen ihres Alters und angeblich größeren praktischen Erfahrung ein höheres Prestige genossen als wir Jüngerer, die obendrein noch vielfach Theoretiker waren.

Quelle: Inflation und Deflation zerstören die Demokratie / Gerhard Ziemer / 1971 / S. 228 f.

Der Autor Ziemer konnte 1971, als es schon den bürgerlichen und sozialistischen Gegnern gelungen war, die Freiwirtschaftler in die politische Ecke zu stellen, nicht erlauben die reichhaltige Quellenlage der Freiwirtschaftsschule für die Zeit der Weimarer Republik zu nutzen. Er konnte aber, um redlich zu bleiben, die Freiwirtschaft auch nicht ganz übergehen. Er hat daher unter der Ziffer 55 auf der Seite 150 die nachfolgende umfangreiche Fußnote eingefügt:

Eine gewisse volkstümliche Ausdehnung hatten die Reformer in den Kreisen der Silvio-Gesell-Anhänger, die sich auch als politische Kleinpartei organisiert hatten. Silvio Gesell ist der Vater vieler moderner Gedankengänge, die sich auf die Geldseite der Wirtschaft und das Verhältnis von Geldumlauf und Krise beziehen. Auch die meisten Reformer kannten sein Buch »Die natürliche Wirtschaftsordnung«, ohne es aber zu nennen. Keynes hat Silvio Gesell lobend erwähnt. Silvio Gesell hatte seine Erfahrungen in den südamerikanischen Geldkrisen gesammelt. Durch seine Lehre vom Schwundgeld ist er unberechtigt in Verruf gekommen. Mit dem Schwundgeld wollte Gesell erreichen, daß im Geldumlauf keine zur Deflationskrise führende Unterbrechung eintritt. Seine Beobachtung war richtig, auf die Technik aber kam es nicht an. Gesell wollte eine Technik entwickeln, die sich in einem total liberalen Staat von selbst verwirklichte und kontrollierte. Durch seine Anhänger, die zum Sektierertum neigten und die das Wort »natürlich« in dem Titel von Gesells Buch zum Lösungswort für alle möglichen Programme einer natürlichen Lebensweise machten, ist Silvio Gesell in der Geldwissenschaft in einen falschen Ruf geraten. Hierzu trug auch noch bei, daß Gesell sich nach 1918 in Bayern der Räte-republik als Finanzminister zur Verfügung gestellt hatte und von dort das Schwundgeld einführen wollte. Anhänger von Gesell sind heute noch organisiert. Politisch haben sie auch noch in der Schweiz in den Kantonatswahlen eine gewisse Bedeutung. Der Name von Gesell muß im Zusammenhang mit der Bekämpfung der großen Deflationskrise lobend erwähnt werden, weil es weitgehend die zuerst von Gesell entwickelten Grundansichten waren, die von den Reformern vertreten wurden und in ihrer Weiterwirkung der heutigen modernen Konjunkturbetrachtung zugrunde liegen. Die Gesell-Anhänger, die sich Freiwirte nannten, gaben in den Krisenjahren eine Wochenzeitung »Der Neue Kurs« heraus. Es war nur ein Blättchen, hielt aber Woche für Woche der Regierung Brüning und der Reichsbank vor, was sie falsch machten.

Bei allem was ich gelesen habe, komme ich zu dem Schluss, dass der Nationalsozialismus in der Weimarer Republik keine Chance gehabt hätte, sich macht-mäßig zu entfalten, wenn die damaligen Demokraten geprüft hätten, was Gesell im Hinblick auf die Ursachen und Wirkungen von Inflationen und Deflationen direkt und durch seine Mitwirker vielfältig verkündet hat. Die Hauptadressaten dieser Botschaft waren die Sozialdemokraten, diese waren aber im Marxismus gefangen, wie sie heute noch im Keynesianismus gefangen sind. Man sieht es an ihr Anrennen gegen die Grenzen der Schuldenaufnahme des Staates. Sie konnten damals wie heute nicht sehen, dass sie ihre Wählerschaft großen Schaden zufügten bzw. fügen. Das die Sozialdemokraten damals selber in die Opferrolle gerieten, diente ihnen nach der Befrei-

ung von Nationalsozialismus dazu, ihre Rolle beim Niedergang der Weimarer Republik zu verschleiern. Bei ihren Konkurrenten aus dem „Bürgerlichen Lager“ war es so, dass ihre Vorstellung, dass eine Währung aus Gold bestehen oder zum Teil durch Gold gedeckt sein müsse, sie unfähig machte für ein sachlich richtiges Handeln.

Es ist sicher nur ganz selten ein böser Wille, der sich im Handeln von Einzelpersonen, Gruppen von Menschen – wie Parteien – breit macht, um die Politik auf Irrwegen zu schicken. Es gilt also nicht die Träger von problematischen Ideen zu beschimpfen, sondern in der Hauptsache sachlich gegen die irrigen Vorstellen zu argumentieren und die besseren Problemlöser zur Wirkung zu bringen. Diese Arbeit kann z. B. kein Verfassungsschutz leisten. Hier liegen in Vergangenheit und Gegenwart Versäumnisse vor, die nicht durch Demonstrationen ausgeglichen, sondern im besten Fall nur angeregt werden können. Das Ansteigen oder Fallen von Parteien mit rechts- oder linksextremen Tendenzen hängt wesentlich von der politischen Leistungsschwäche der politischen Mitte ab. Aber die politische Mitte ist für sich genommen auch noch keine Garantie für eine gute, der ganzen Gesellschaft dienenden Politik.

Luisa Neubauer schreibt in ihrem oben genannten Buch:

Sich ins Privatleben zurückzuziehen, erkannte Hannah Arendt als Reflex von Menschen, die ihrem Gewissen folgend nicht mit den Nazis kollaborieren wollten.

Das ist ein wichtiger Hinweis, weil es ein Punkt ist, der gegen die Rede von der Kollektivschuld spricht, die ja in indirekter Form immer noch nicht beendet wurde. Wichtig ist bei der Beurteilung von Unrecht und Mord durch das Staatsversagen, die möglichen Verhaltensmuster bei der Reaktion durch die Bürgerinnen und Bürger zu erkennen, um nicht zu Fehlurteilen zu kommen. Es sind wohl immer wenige Menschen bereit, ihr eigenes Leben für die Rettung anderer Menschen einzusetzen. Es gibt in solchen Fällen immer Grenzen, an denen der Mut zum Widerstand endet und wo es ratsam ist, sich denen anzupassen, von denen die Bedrohung ausgeht oder sich so zu verhalten, dass man möglichst unsichtbar wird. Die Unsichtbarkeit haben vermutlich nicht wenige versucht dadurch zu erreichen, indem sie sich das Parteizeichen anhefteten, um dann im NS-System eine Aufgabe zu übernehmen, mit der man nicht gezwungen war, anderen Menschen ein Schaden zuzufügen. Natürlich ist es besser, für ein System zu wirken, dass den Menschen nicht ein solches Verhalten aufnötigt. Das ist aber ebenfalls nicht nur durch Demonstrationen zu erreichen.

Weiter ist die Ökonomie oder Gestalt der Bildung neu zu denken, damit sich in diesem Bereich für die Bürger und ihrem Nachwuchs die Freiheit entwickeln kann. Es ist widersinnig unsere Gesellschaft nach Regeln Monarchie, die die Bürger in die Rolle der Untertanen presst zu gestalten. Ähnliches gilt für die Ökonomie des sozialen Sicherungssystems, das offene Grenzen verträgt und der Staat nicht länger der Vormund der Bürger bleibt. In beiden Bereichen ist es aber schwierig, wirkliche Fortschritte zu erreichen, weil die meisten Menschen so die Rolle der glücklichen Sklaven verinnerlicht haben, dass sie sich bessere Formen der Bildung und sozialen Sicherung gar nicht vorstellen können.

Um dem Versprechen der *Allgemeinen Menschenrechte*, dass allen Menschen mit gleichen Rechten geboren werden, wirkliche Substanz zu geben, ist es schon lange fällig, ein neues Bodenrecht zu schaffen, das allen Menschen gerecht wird. Das Fehlen dieses Rechtes bekundete schon Konrad Adenauer, als er noch Oberbürgermeister von Köln war.¹³ Und die Dringlichkeit wird besonders groß, wenn der Klimawandel fortschreitet und Siedlungsflächen für die Menschen vernichtet. Wird nicht für einen zufriedenstellenden Rechtsrahmen vorgesorgt, stellen sich fast automatisch Eroberungs- und Bestands-Behauptungs-Kriege ein.

Ein weiteres Problem unter dem viele Staaten und auch Europäische Union mit der Einheitswährung Euro leidet, ist die Inflation und der Zins, mit ihrem Einfluss auf die Konjunktur und die Vermögensverteilung. Anstatt diese Probleme auf der Erde zu lösen, investieren die Staaten lieber in die Raumfahrt und der Beobachtung der Sterne und nehme anscheinend gerne in Kauf, wenn da durch Wahlen verloren gehen und Regierungen stürzen. Man hat den Zentralbanken die Unabhängigkeit von den Parlamenten und Regierungen verschafft, um die Begehrlichkeit, den Zugriff auf die Notenpresse abzublocken, aber nicht auf die Bedingungen geachtet, damit sie keine vierte Gewalt im Staate werden und die Währungs-konstruktion noch von den Bürgern und ihren parlamentarischen Vertretern verstanden wird.

Ich selber muss aus Alters- und Gesundheitsgründen meine Bearbeitung dieser Themen einstellen, benenne die Themen hier deshalb, damit die wenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich für diese Themen krumm machen und gegen die „Spezialisten“ in den zuständigen Institutionen vergeblich anrennen, Zuwachs erhalten.

Ich füge jetzt aus der langen Liste meiner Netzbeiträge folgende Arbeiten ein, die ich für das

¹³ Ein Zitat von Adenauer findet sich in dem Text 22.1.

Verständnis von dem, was ich für sinnvoll und wichtig halte ein. So habe ich es ursprünglich gedacht. Die Auswahlliste wird aber zu lang und schreckt womöglich von der Öffnung dieser Datei ab. Ich füge daher nur die ersten Arbeiten mit der Textziffer 1.1 bis 2.0 ein. Die gesamte Liste ist mit dem Link <http://www.tristan-abromeit.de/texte.html> zu erreichen. Die gesamte Liste geht bis zur Ziffer 178. Ein paar Ziffern fehlen, vermutlich weil ich die betreffenden Texte zu schreiben angefangen bin, aber nicht zu Ende geführt habe. Vielen Hauptziffern folgen mehrere Unterziffern.

Meine Internetseite www.tristan-abromeit.de habe ich 2004 eröffnet. Die Liste beginnt mit einer Arbeit zum Thema Arbeitslosigkeit aus dem Jahr 1977. Da 2004 der Speicherraum für die Netzbeiträge noch knapp war, habe ich manche Texte und ihre Anhänge noch in mehreren Dateien gespeichert. Das ist aber leicht zu erkennen.

Ich füge noch einen Link zum [FAIRCONOMY-Newsletter Nr. 93](#), Januar 2025 ein, der heute bei mir am 1. Februar im Postfach eingetroffen ist. Er liefert auch Adressen für die Kontaktaufnahme zu Leuten, die meine Themen bearbeiten. Ich selbst bin aber nur mit meiner E-Mail-Adresse der Redaktion und dem dahinterstehenden Verein *Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung* verbunden. www.inwo.de

- 1.1  [Arbeitslosigkeit](#) (61 Seiten, 334 KB)
Ursachen - Wirkungen - Lösungen
und ein Vorschlag zur Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung
Ein ordnungspolitischer Beitrag - Ende 1977

- 1.2  [PLÄDOYER](#) (11 Seiten, 162 KB)
für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN der WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD
im allgemeinen und in der FDP im besonderen - *Februar 1978*

- 1.3  [Franz Josef Degenhardt](#) (Zeitungsartikel, 568 KB)
"Zu Gast in Hannover: Der Fundamentalist"
HAZ vom 1. 2. 1991 / Ergänzung bzw. Bezug zu Text 1.2

- 1.4  [Offener Brief zum Parteiprogramm der FDP](#), September 1971 (14 Seiten, 120 KB)

- 2.0  [Der Dritte Weg](#) (75 Seiten, 406 KB)
Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)
- Ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung
- Erstellt zum Programmkongress der GRÜNEN im *März 1980* in Saarbrücken

- 2.1  [Umschlag: Titel und Rückseite](#) (2 Seiten / Bilddatei 92 KB)

- 3.0  [Die freie Berufsbildungs-Assoziation \(FBA\)](#) (50 Seiten, 264 KB)
Eine marktwirtschaftliche Problemlösung - *1. Mai 1982*